

# Rückkauf des Hamburger Fernwärmesystems und die Medien

Dossier – Stand: 29.8.2018

## 1. Ablauf der Debatte um den Rückkauf der Fernwärme

**7.4.2018**

PM des HET „Wird der Volksentscheid unterlaufen? Der Senat darf und muss das Fernwärmenetz zurückkaufen!“

<https://www.hamburger-energetisch.de/WP-Server/wp-content/uploads/2018/04/PM-HGV-zum-Ertragswert.pdf>

**17.4.2018**

Beim **Wärmedialog am 17.4.2018** erläutert Matthias Ederhof ausführlich die Vorschriften der Landeshaushaltsordnung (LHO), nach denen eine Kosten-Nutzen-Analyse als Voraussetzung für die Entscheidung über den Rückkauf notwendig ist.

Dr. Peter Becker referiert seine Sicht auf die Kartellrechtsanwendung im Fall des Optionsvertrags zum FW-Rückkauf (noch schwer verständlich – klar wird immerhin, dass diese Vorgehensweise auf einen „Rückkauf unter Vorbehalt“ hinauslaufen würde).

<https://www.energienetz-hamburg.de/uncategorized/rueckkauf-fernwaerme-ist-fokus-im-8-hamburger-waermedialog/>

**26.4.2018**

PM des HET „Fernwärmerückkauf und Landeshaushaltsordnung. Rückkauf des Fernwärmenetzes verboten?“

<https://www.hamburger-energetisch.de/WP-Server/wp-content/uploads/2018/04/PM-zu-Rueckkauf-und-LHO.pdf>

**2.5.2018**

Ein Namens-Kommentar von R. Postelt im NDR, typisch für ähnliche Presseveröffentlichungen im Handelsblatt, HA, ...:

„Angesichts der vielfältigen Argumente für eine Auskopplung der Fernwärme aus Moorburg wäre es „Unsinn“, die Moorburg-Abwärme aus rein ideologischen Gründen verpuffen zu lassen. Insbesondere die zu erwartenden Mehrkosten durch höhere Wärmepreise bei Nichtnutzung der Moorburger Wärme seien den Hamburger Haushalten nicht zuzumuten. Bezahlbares Wohnen in der Hansestadt müsse Vorrang vor Klimaschutz haben, der hier ohnehin nicht beeinträchtigt würde.“

### 3.5.2018

BUND Hamburg und Zukunftsrat verstärken am 3. 5. 2018 die Orientierung auf ein kartellrechtliches Vorgehen und auf eine Kosten-Nutzen-Analyse gemäß LHO:

[https://www.zukunftsrat.de/fileadmin/pdf/aktuelles/Argumente\\_Rueckkauf\\_der\\_Fernwaerme-BUND-ZR.pdf](https://www.zukunftsrat.de/fileadmin/pdf/aktuelles/Argumente_Rueckkauf_der_Fernwaerme-BUND-ZR.pdf)

### 3.5.2018

Mopo: „Vattenfall betreibt Angstmache“ Der Streit um Moorburg eskaliert

„Umweltsenator Jens Kerstan (Grüne) will jedoch den Anschluss von Moorburg verhindern, um unter anderem Hamburgs Klimaziele zu erreichen. Dazu soll das Fernwärmenetz durch industrielle Abwärme, Gas und Müllverbrennung gespeist werden. Kritiker – auch Vattenfall – behaupten jedoch, dass das zu einer Preisexplosion bei den Kunden führen würde. „Vattenfall betreibt mit aus unserer Sicht unseriösen und nicht nachvollziehbaren Zahlen Angstmache“, wettet ein Sprecher der Umweltbehörde.

Frieden ist nicht in Sicht. Denn: Die Stadt soll bis Anfang 2019 das Fernwärmenetz vollständig zurückkaufen – für 950 Millionen Euro. So viel ist das Netz aber wohl nicht mehr wert. Vattenfall will dennoch den vollen Preis - weil der vertraglich zugesichert wurde.“

### 25.5.2018

Bundmagazin 2/2018:

[https://www.bund-hamburg.de/fileadmin/hamburg/Publikationen/BUND-Magazine/Hamburg\\_2018-2\\_web.pdf](https://www.bund-hamburg.de/fileadmin/hamburg/Publikationen/BUND-Magazine/Hamburg_2018-2_web.pdf)

„... Mit der Planung der neuen Moorburg-Trasse geht Vattenfall in die offene Konfrontation mit dem Umweltsenator. Die Kohlewärme wird die Einspeisung aus anderen Anlagen verdrängen – wenn diese überhaupt noch gebaut werden.

FDP und CDU dürften sich jetzt die Hände reiben. Die erklärten Moorburg-Befürworter und Gegner der mit dem Volksentscheid im Jahr 2013 beschlossenen »Rekommunalisierung« der Energienetze lassen keine Gelegenheit aus zu betonen, dass Moorburg ja sowieso in Betrieb ist. Man könne dann doch die Abwärme sinnvoll nutzen.

Ob aus Unkenntnis oder aus politischem Kalkül – diese These ist schlicht falsch. Eine Auskopplung für die Fernwärme bedeutet bei konstanter Stromproduktion ein deutliches Mehr an Kohleinsatz und damit deutlich mehr CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Und sind die Millionen in den Leitungsbau erst investiert, ist der Einstieg in die erneuerbare Wärmeproduktion verpasst. Der von den Grünen bundesweit geforderte Kohleausstieg bis 2030 würde sich um Jahrzehnte verzögern.

Bereits im Jahr 2008 sind die Grünen vor Vattenfall in die Knie gegangen, als die damalige Umweltsenatorin Anja Hajduk das Kohlekraftwerk Moorburg – aus ihrer Sicht – genehmigen musste. Nun ist mit Jens Kerstan ein engagierter Unterstützer des Volksentscheids und bekennender Klimaschützer in der Verantwortung. Einen zweiten Kniefall vor der Kohlelobby darf es nicht geben.“

**31.5.2018**

Das HA meldet einen errechneten **Unternehmenswert von nur noch 645,1 Mio. €**, dem ein **Mindestkaufpreis von 950 €** gegenübersteht.

<https://www.abendblatt.de/hamburg/article214444971/Erheblicher-Werteinbruch-Fernwaermerueckkauf-vor-dem-Aus.html>

Die Presse ignoriert lange Zeit die Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung und verbreitet, ein Rückkauf sei nur möglich, wenn der ermittelte Unternehmenswert nicht zu weit unterhalb des Mindestkaufpreises von 950 Mio. € liege.

Der Netze-Volksentscheid brauche wegen der Klausel „zulässig“ im VE-Text bei der Fernwärme nicht umgesetzt zu werden.

**1.6.2018**

BUND Hamburg und Zukunftsrat fordern in einer **Pressemitteilung vom 1.6.2018** die Orientierung auf einen Kauf unter Vorbehalt.

<https://www.bund-hamburg.de/service/presse/detail/news/bund-und-zukunftsrat-hamburg-rueckkauf-der-hamburger-fernwaerme-darf-nicht-scheitern/>

**4.6.2018**

Der Hamburger Energietisch schickt ein in seinem Auftrag von Prof. Rabenstein erstelltes **Kurzgutachten mit einer Kosten-Nutzen-Analyse** gemäß LHO an den Finanzsenator Dressel und bittet um ein Gespräch (das bisher allerdings nicht zustande gekommen ist).

<https://www.hamburger-energietisch.de/WP-Server/wp-content/uploads/2018/06/PM-Wertgutachten-VWH.pdf>

PM des HET hierzu am 1.6.2018.

Dieses Kurzgutachten kommt zum Ergebnis, dass der Nutzen eines Rückkaufs durch Hamburg erheblich höher ist als der (negative) Nutzen eines Verzichts auf den Rückkauf. Allerdings ist dies in überzeugender Weise nur der Fall für die BET-Vorzugsvariante/NRO-Nordvariante und nicht für die Südvariante der BUE.

Am 23.7.2018 wird das Kurzgutachten vom HET auch Senator Kerstan zur Verfügung gestellt. Es liegt dem Energienetzbeirat zu seiner Sitzung am 30.8.2018 vor.

**13.6.2018**

HA: „Tschentscher Fernwärme Kauf nicht um jeden Preis“:

„Die Verbraucherpreise für Fernwärme sollten auch nach dem angestrebten Kauf des Fernwärme-Netzes durch die Stadt Hamburg **nicht stärker steigen als die Preise für andere Heizungssysteme**, sagte Tschentscher bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfs des Senats am Mittwoch in Hamburg. Der Senat wolle eine ökologischere Energieversorgung der Stadt und meine seine Ziele zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung sehr ernst - "aber nicht um jeden Preis". ... „Die Stadt könne, dürfe und wolle nicht zu einem überhöhten Preis kaufen, sagte Tschentscher.“

### 14.6.2018

Im **Energienetzbeirat** referiert Dr. Becker unter TOP „Fernwärmerückkauf gemäß Optionsvertrag“ seinen Vorschlag eines Rückkaufs unter Vorbehalt.

<https://www.hamburg.de/contentblob/11238506/e1a5a55f2f951cae31649f2d8adbdb2d/data/d-5-top-4-c-becker-rechtliche-vorgaben-kauf-hamburger-fernwa%CC%88rme-14-06-2018.pdf>

Die Gegenseite, Dr. Schäfer, Allen & Overy, „Hausjurist“ des 1. Bürgermeisters, vertritt die Akzeptanz des Mindestkaufpreises von 950 Mio. €.

<https://www.hamburg.de/contentblob/11249666/0237fd23c7d7e95e716ed010f8b79662/data/d-5-a-top-4-c-fernwa%CC%88rme-hamburg-enb-pra%CC%88sentation-14-juni-2018.pdf>

Senator Kerstan äußert mit Argumenten des „gesunden Menschenverstands“ erhebliche Zweifel an Beckers Vorschlägen.

### 27.6.2018

NDR: „Dressel: Preis für Fernwärme bleibt stabil“

Die Heizkosten für Mieter in Hamburg sollen auch nach dem Rückkauf des Fernwärmenetzes durch die Stadt „weitgehend“ stabil bleiben. ... Laut Volksentscheid muss die Stadt das Fernwärmenetz von Vattenfall zurückkaufen. Allerdings dürfe die Stadt „nicht mal eben 300 Millionen Euro zu viel zahlen“, so Dressel. Ein Gutachten hatte ergeben, dass das Fernwärmenetz nur noch einen Wert von 645 Millionen Euro hat. Dies begründet ein Dilemma für den Senat, denn dieser hatte 2013 einen Mindestkaufpreis auf Basis eines Unternehmenswertes von 950 Millionen Euro mit Betreiber und Eigentümer Vattenfall vereinbart.

### 4.7.2018

Der Erste Bürgermeister Hamburgs fordert im Hamburger Abendblatt, dass die Fernwärme nicht teurer werden dürfe.

„Beim Dieselfahrverbot, dem Rückkauf des Fernwärmenetzes und der Kennzeichnungspflicht für Polizisten („alter Hut“) würden **nur Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag** umgesetzt. Er räumte aber ein, dass es eines „Machtworts“ bedurfte, um klarzustellen, dass die Fernwärme für Kunden nicht teurer werden dürfe. Dabei betonte er im besten Scholz-Stil: „Der grüne Koalitionspartner kennt die Richtlinienkompetenz des Ersten Bürgermeisters.“

### 6.7.2018

Nach Drs. 21/13653, 6.7.2018, wird der berechnete Unternehmenswert der VWH plus Unternehmenseinheit Wedel nach einer Plausibilitätsprüfung durch PwC von der HGV **akzeptiert** (kein weiteres Gutachten).

<https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/63019/.pdf>

Zur Frage nach Veröffentlichung der diversen Gutachten und Prüfungsergebnisse:

„Die HGV beabsichtigt **keine Veröffentlichung** der von ihr (mit)beauftragten Gutachten. Auf Ersuchen der Bürgerschaft werden die HGV und die zuständige Behörde darauf

hinwirken, eine Vorlage der Gutachten zur vertraulichen Einsicht durch die Abgeordneten der Bürgerschaft im bewährten Verfahren und unter Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu ermöglichen.“

Auch Energate messenger macht bekannt, dass der berechnete Unternehmenswert der VWH plus Unternehmenseinheit Wedel nicht mehr angezweifelt wird:

<https://www.energate-messenger.de/news/184458/preis-fuer-hamburger-fernwaermenetz-steht-fest>

Letzter Satz: „Möglicherweise könnte eine zeitlich befristete Anbindung des Kraftwerks Vattenfall dazu bewegen, einen geringeren Preis für das Netz zu akzeptieren, heißt es dazu in den Medien.“

**23.7.2018**

In der BILD-Zeitung erklärt Senator Kerstan, dass bisher nur er mit Vattenfall verhandelt habe, nicht der 1. Bürgermeister.

<https://www.bild.de/wa/ll/bild-de/unangemeldet-42925516.bild.html>

**28.7.2018**

Im Hamburger Abendblatt werden zwei verschiedene **Wege für den Rückkauf** skizziert:

<https://www.abendblatt.de/hamburg/article214953319/Moorburg-Vattenfall-und-das-schwedische-Finale.html>

„... Symbol und Garant dieser Strategie ist eine **informelle Beratungsgruppe**, in der alle Schritte diskutiert und abgestimmt werden. Dazu gehören der Erste Bürgermeister Peter Tschentscher, Senatskanzlei-Staatsrat Christoph Krupp, Finanzsenator Andreas Dressel (alle SPD), Umweltsenator Jens Kerstan und sein Staatsrat Michael Pollmann (beide Grüne) sowie HGV-Geschäftsführer Rainer Klemmt-Nissen und der Ex-Hamburg-Energie-Chef Michael Beckereit.

Es geht in der Gruppe jetzt angesichts der **absehbar endgültigen Kompromisslosigkeit** des schwedischen Energiekonzerns beim Kaufpreis darum, Alternativen zu entwickeln. **Zwei Szenarien werden derzeit durchgespielt. Das erste** geht davon aus, dass die 645 Millionen Euro des Netz-Gutachtens ein Wert sind, der für ein privatwirtschaftliches Unternehmen ermittelt wurde. Wenn das Fernwärmenetz in städtische Hand übernommen würde, könnten sich **Synergieeffekte** mit den Strom- und Gasnetz-Gesellschaften ergeben. Außerdem könnten **teure Klimaschutzmaßnahmen entfallen**, wenn es gelingt, die Fernwärme klimafreundlich zu erzeugen.

... Das ist der zweite Strang der Verhandlungen mit Vattenfall. Hierbei geht es darum, die bislang in Wedel erzeugte Fernwärme künftig durch dezentrale Lösungen, die Einbeziehung der Müllverbrennungsanlage Rugenberger Damm und eine Umrüstung des Kraftwerks Tiefstack klimafreundlich und ressourcenschonend zu produzieren. Dieses erste Szenario zielt darauf, den Kaufpreis von 950 Millionen Euro durch die Ermittlung eines höheren Unternehmenswerts über eine **Gesamtbetrachtung** zu rechtfertigen.

Den Grünen käme dieser Weg, wenn er sich denn als gangbar erweisen sollte, sehr entgegen. Die SPD dürfte dagegen nur dann dafür sein, wenn der Eindruck, hier solle ein „politischer“ Preis gezahlt werden, ausgeschlossen werden kann. Derzeit wird vor allem in der SPD-geführten Finanzbehörde und der HGv, die bei den Rückkauf-Verhandlungen federführend sind, an den Berechnungen gearbeitet.

Das **zweite Szenario** zielt schlicht darauf ab, mit Vattenfall eine Verlängerung der Kaufoption zu vereinbaren. Die „Prolongation“ verschafft dem Senat Zeit und hat den Vorteil, dass das erste Ziel des Volksentscheids, der Rückkauf des Fernwärmenetzes, noch nicht vom Tisch ist. Damit wäre das Problem zwar nur vertagt, aber es wäre nicht das erste Mal, dass solch ein Weg in der Politik beschritten wird, um ein Scheitern zu vermeiden.“

Das zweite Szenario „Prolongation“ dürfte für die UHUN-Unterstützer auf keinen Fall akzeptabel sein. Denn schon einmal wurde der Rückkauf, der schon Mitte 2017 ohne Steuer-Probleme hätte erfolgen können, vom 22.9.2013 bis zum 1.1.2019 verschoben – zulasten Hamburgs. Eine „Prolongation“ wäre als Zwischenschritt zur endgültigen Kapitulation vor Vattenfalls „Moorburgvariante“ zu bewerten. Sie würde wahrscheinlich nur dazu dienen, die nächste Bürgerschaftswahl vom Moorburg-Problem zu entlasten.

### 2.8.2018

Ähnlich wie bereits im HA am 28.7.2018 hält Senator Kerstan einen Rückkauf für möglich.

<https://www.abendblatt.de/hamburg/article214991283/Vattenfall-ein-schwieriger-Partner.html>

„Fakt ist, dass der verhandelte Mindestpreis eine schwierig zu überwindende Hürde ist. Mehrere Angebote, Vattenfall zu bewegen, beim Mindestkaufpreis flexibler zu sein, waren bisher nicht von Erfolg gekrönt.“

**(!) Es ist nicht bekannt, welche Angebote Vattenfall dabei gemacht wurden...**

Kerstan geht auf die Kosten-Nutzen-Analyse nach LHO ein und nähert sich bei deren Interpretation BUND, HET und Zukunftsrat an. Falsch ist allerdings, dass die LHO fordere, dass die Kosten den Nutzen nicht übersteigen dürfen. Richtig ist, dass gekauft werden kann, wenn der Nutzen für den Rückkauf größer ist als der Nutzen für den Nicht-Rückkauf (beide könnten dabei negativ sein):

„Es geht jetzt darum zu klären, unter welchen Bedingungen die Stadt den Kaufpreis bezahlen kann. Die Landeshaushaltsordnung schreibt keine Bewertungsverfahren vor, **sondern fordert, dass die Kosten den Nutzen nicht übersteigen dürfen.** Das ist eine andere Perspektive als die des Wertgutachtens der Wirtschaftsprüfer. Für den städtischen Nutzen sind andere Faktoren mit einzubeziehen, wie rechtliche Verpflichtungen, die sich aus einem Volksentscheid ergeben, oder Klimaschutzverpflichtungen. Es ist auch denkbar, dass **am Ende der Preis von 950 Millionen Euro für die Stadt vertretbar ist, wenn damit ein wichtiger Effekt für den Klimaschutz erzielt werden kann.**“

...

„Der vorliegende Wert ist **aus Sicht des Verkäufers Vattenfall** berechnet worden. Aus unserer Sicht als Käufer kann ein städtisches Unternehmen aber einen sehr viel höheren

Wert haben. Das Unternehmen wäre Teil der Hamburger Staatsholding HGV, es würden sich Synergien ergeben, und die Stadt kann günstiger finanzieren. Ein städtisches Fernwärmeunternehmen wäre ein zentraler Akteur unserer Energie- und Klimapolitik und **hätte ganz andere Entwicklungsperspektiven. Wenn wir nicht kaufen, müssten wir für denselben Klimaschutzeffekt an anderer Stelle sehr viel mehr Geld bezahlen.“**

Das letzte Argument wendet sich gleichzeitig gegen Senators Kerstans „MVR-Rochade“. Denn auch für diese müsste „an anderer Stelle sehr viel Geld bezahlt werden“.

### 14.8.2018

Das Hamburger Abendblatt berichtet sehr unkritisch über einen Antrag der FDP für eine „Lebenszyklusanalyse“ der „Südvariante“ und von Moorburg-Fernwärme. (Drs. 21/14006)

### 16.8.2018

Unter der Überschrift „Fernwärme – einer der teuersten Deals des Jahrzehnts“ will Meyer-Wellmann im Hamburger Abendblatt mit zwölf Einzelpunkten „Licht ins Dunkel“ bringen:

<https://www.abendblatt.de/hamburg/article215108941/Fernwaerme-einer-der-teuersten-Deals-des-Jahrzehnts.html>

### 17.8.2018

Von EnergieNetz Hamburg eG und GLS Treuhand e.V. in Kooperation mit dem BUND Hamburg wird ein Rechtsgutachten von Rödl&Partner vorgestellt. Die Gutachter Dr. Thomas Wolf und André Rosner kommen zu dem Ergebnis, dass die Landeshaushaltsordnung (LHO) für die Vorbereitung der Rückkauf-Entscheidung die Erstellung einer umfassenden Nutzen-Kosten-Analyse gemäß LHO-Ausführungsbestimmungen und dem Haushaltsgrundsätzegesetz fordert. Der Staat ist bei seiner wirtschaftlichen Betätigung und seinen finanzwirksamen Entscheidungen neben ökonomischen Interessen stets auch solchen des Gemeinwohls verpflichtet und hat dabei einen weiten Ermessensspielraum. Die Gutachter sehen vor diesem Hintergrund „gewichtige Gründe“ für die Ausübung der Kaufoption. Die Auftraggeber des Gutachtens fordern daher den Rückkauf der Fernwärme im Sinne des Volksentscheids UNSER HAMBURG – UNSER NETZ vom 22.09.2013.

<https://www.bund-hamburg.de/service/presse/detail/news/fernwaerme-entscheidung-rueck-kauf-steht-nicht-im-widerspruch-zur-landeshaushaltsordnung/>

Nach Vorstellung des Rechtsgutachtens von Rödl&Partner berichten viele Medien – auch überregional. Beispielsweise die WELT unter dem Titel „Überteuerter Rückkauf ist rechtlich möglich“.

<https://www.welt.de/regionales/hamburg/article181215852/Fernwaermetz-Ueberteuerter-Rueckkauf-ist-rechtlich-moeglich.html>

### 28.8.2018

Vattenfall rückt von seiner Absicht, das Kohle-HKW Moorburg an das große Fernwärmenetz anzuschließen, ab und bietet den Bau eines Gas-Heizkraftwerks in Dradenau an. Im Gegenzug möchte Vattenfall das Fernwärmenetz behalten. Das Unternehmen kritisiert, dass im Konzept

der BUE für den Ersatz des HKW Wedel („Südvariante“) viel zu wenig erneuerbare Energien enthalten seien.

<https://www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article215193019/Moorburg-abklemmen-Bewegung-im-Streit-um-die-Fernwaerme.html>

Unter dem Titel „Moorburg-Pläne sind vom Tisch. Senat zwingt Vattenfall in die Knie!“ berichtet die Hamburger Morgenpost von der Feststellung eines Sprechers der Umweltbehörde: „Der Hamburger Senat arbeitet weiter daran, die Verpflichtung des Volksentscheids zur Übernahme der Energienetze umzusetzen.“

<https://www.mopo.de/hamburg/politik/moorburg-plaene-sind-vom-tisch-senat-zwingt-vattenfall-in-die-knie--31181748>

Finanzsenator Dressel hält eine Verschiebung des Rückkaufs für möglich:

„...Doch auch in der SPD-geführten Finanzbehörde klingt es nicht so, als sei man hier ganz sicher, dass das von der Umweltbehörde beauftragte Gutachten am Ende den Mindestpreis rechtfertigt.

Senator Dressel: „Wir haben parallel, sozusagen um eine Zweitbetrachtung zu haben, unser Wirtschaftsprüfungsunternehmen beauftragt, mitzugucken, was das Gutachten der BUE ergibt, inwieweit das zu unseren Berechnungsfaktoren passt und zwar ohne Schäden für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dieser Stadt. Darauf werde ich sehr achten.“

**Stattdessen spielt man in der Behörde auch die Variante durch, das Netz erst später zurückzukaufen.**

**Senator Dressel: „Das ist eine Möglichkeit, die ich mir vorstellen kann, weil es eben auch eine Möglichkeit ist, dass wir als Stadt diesen Prozess auch noch weiter vernünftig gestalten können und die Alternativen ausloten können.“**

[https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/hamj71334-ardplayer\\_image-894d5aa0-441b-4015-851f-36449bf34703\\_theme-ndrde.html?autoplay=false](https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/hamj71334-ardplayer_image-894d5aa0-441b-4015-851f-36449bf34703_theme-ndrde.html?autoplay=false)

Die FDP fordert wie schon bisher den Anschluss des Kohle-HKW Moorburg an das große Fernwärmenetz:

<https://www.welt.de/regionales/hamburg/article181340026/Netzrueckkauf-BUND-kritisiert-neue-Fernwaerme-Plaene-von-Vattenfall.html>

BILD vermutet Filz hinter der Art, wie die BUE die Rückkauf-Entscheidung vorbereitet:

<https://www.bild.de/regional/hamburg/hamburg-aktuell/streit-um-fernwaerme-kerstans-gutachten-filz-56923384.bild.html>

### 29.8.2018

Der BUND Hamburg fordert von der Stadt Hamburg trotz des neuen Vorstoßes des Mehrheitsigners Vattenfall den Rückkauf des Fernwärmenetzes:

[https://www.welt.de/print/die\\_welt/hamburg/article181344762/Kritik-an-neuen-Fernwaerme-Plaenen.html](https://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article181344762/Kritik-an-neuen-Fernwaerme-Plaenen.html)



## 2. Die Perspektive

**30.8.2018**

Der Energienetzbeirat wird als Schwerpunkt seiner Beratungen das Thema „Rückkauf“ haben. Informationen der HGV zum Bewertungsgutachten werden erwartet.

Die HET-Mitglieder im ENB haben einen **Antrag auf Rückkauf** eingereicht:

„Der Energienetzbeirat empfiehlt der Bürgerschaft und dem Senat Hamburgs, das zentrale Hamburger Fernwärmesystem zum 1.1.2019, gemäß dem verbindlichen Volksscheid „Unser Hamburg – Unser Netz“, von Vattenfall zurückzukaufen. Nach Auffassung des Energienetzbeirats ist der Rückkauf zulässig, auch wenn sich eine große Differenz zwischen dem mit Vattenfall vertraglich vereinbarten Mindestkaufpreis und dem ermittelten objektivierten Unternehmenswert ergeben hat.“

<https://www.hamburg.de/content-blob/11502204/1c6df3e80597234c6cbf326dc6891c87/data/d-antrag-empfehlung-zum-rueckkauf-der-fernwaerme.pdf>

**Im September 2018**

... wird ein Gutachten von LBD in Zusammenarbeit mit der Hamburger Vermögensverwaltung HGV erwartet, mit dem überprüft werden soll, ob Hamburg unter Beachtung der Richtlinien der LHO das Fernwärmesystem zurückkaufen sollte.

**Bis zum 30. November 2018**

... muss sich der Senat entscheiden und die Bürgerschaft muss darüber diskutieren und zustimmen.